

Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

Münster engagiert sich gegen Antisemitismus und bekennt sich zum Staat Israel

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Der Rat der Stadt Münster ist entsetzt über den barbarischen Angriff der Hamas und ihrer Unterstützer auf den Staat Israel und dessen Bürgerinnen und Bürger. Wir verurteilen diesen Akt des Terrors auf das Schärfste. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Israel, die ihr Leben oder das ihrer Angehörigen verloren haben oder von Terroristen verschleppt wurden. Die vollumfängliche Solidarität Deutschlands muss den Israelis dabei sicher sein. Das Existenzrecht Israels darf ebenso wenig zur Debatte stehen wie sein Recht, sich und seine Bevölkerung gegen den Terror zu verteidigen.

Der Rat der Stadt Münster erklärt:

1. Münster bekennt sich zum Existenzrecht Israels, zu seiner historischen Verantwortung aus dem Holocaust und einer demokratischen Erinnerungskultur. Dieses Bekenntnis schließt ausdrücklich den sekundären und israelbezogenen Antisemitismus mit ein. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
2. Münster wird das jüdische Leben in unserer Stadt weiterhin in starkem Maße fördern und die Städtepartnerschaft mit Rishon LeZion ausbauen. Die Vielfalt der jüdischen Kultur sowie die stabile Entwicklung der jüdischen Glaubensgemeinschaft sind Münster ein großes Anliegen. Das beinhaltet auch die finanzielle Absicherung der vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit und das Gedenken an die Opfer. Die Aufklärung über den klassischen und israelbezogenen Antisemitismus, die Geschichte und Folgen des Nationalsozialismus und des Holocaust bildet für uns einen wesentlichen Kern der historisch-politischen Bildungsarbeit. Das beinhaltet zugleich die Anerkennung der Vielfalt jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Münster; jüdische Kultur gilt es generell präzenter und sichtbarer zu machen – auch jenseits von Verfolgung und Repression.
3. Der Rat der Stadt Münster spricht sich dafür aus, die "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in der von der Bundesregierung empfohlenen erweiterten Form zugrunde zu legen. Dies geschieht mit dem Ziel, diese Arbeitsdefinition als Grundlage für kommunales Verwaltungshandeln einzuführen.
4. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulleitungen, der Schulsozialarbeit und im Justizwesen im Bereich der Antisemitismus-Prävention und -Intervention ist zu stärken. Die Förderung historisch-politischer Bildungsarbeit zum Holocaust ist unter Federführung der Villa ten Hompel fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Zur weiteren Verbesserung der Prävention wird die Stadtverwaltung aufgefordert, ein Konzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention, auch unter Berücksichtigung einer sich wandelnder Gesellschaft in Münster, vorzulegen.

5. Die Stadt Münster unterstützt die vom Land Nordrhein-Westfalen eingerichtete Meldestelle für antisemitische Vorfälle. Auch mit Polizei- und Justizbehörden sowie den kommunalen Ordnungsbehörden sind Instrumente weiterzuentwickeln, die das Anzeige- und Meldeverhalten der Betroffenen verbessern. Ziel des Präventionskonzeptes muss es sein, dass sich Jüdinnen und Juden überall in der Stadt unbesorgt und uneingeschränkt als solche zu erkennen geben können.

6. Münster erteilt jeglicher Form des Antisemitismus eine klare Absage. Von Organisationen, die für ihre Arbeit finanzielle Zuwendungen der Stadt Münster beantragen, setzen wir voraus, dass sie sich gegen jeden Antisemitismus einsetzen und das Existenzrecht Israels verbindlich anerkennen. Organisationen, Vereinen und Personen, die die Existenz Israels als jüdischer Staat zu delegitimieren versuchen oder anderweitig antisemitisch agieren, werden unter Beachtung geltenden Rechts keine Räumlichkeiten oder Flächen zur Verfügung gestellt und keinerlei finanzielle Förderungen der Stadt Münster zuteil.

Begründung:

Der Staat Israel sieht sich seit den Morgenstunden des 7. Oktober 2023 einer noch nie dagewesenen Welle terroristischer Angriffe ausgesetzt. Nie zuvor in seiner 75-jährigen Geschichte war der Staat Israel einer solchen terroristischen Gewalt und Brutalität ausgesetzt. Die Angriffe auf Israel müssen umgehend beendet und alle Entführten umgehend freigelassen werden. Willkürliche Hinrichtungen und die Verschleppung unschuldiger Menschen sind durch nichts zu rechtfertigen, denn hierbei handelt es sich nach internationalem Strafrecht um Kriegsverbrechen bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Rat der Stadt Münster verurteilt diese barbarischen Gewaltakte aufs Schärfste und steht angesichts dieses furchtbaren Angriffs solidarisch und entschlossen an der Seite Israels und seiner Menschen. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Das Existenzrecht Israels ist durch nichts zu relativieren. Die Gedanken der Mitglieder des Rates der Stadt Münster sind bei den Opfern der Angriffe, ihren Hinterbliebenen und allen, die um Leib und Leben bangen. Ihre Solidarität gilt den Menschen in Israel und dem einzigen jüdisch-demokratischen Staat der Welt. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Das gilt gerade auch angesichts der massiven Angriffe der vergangenen Tage und Wochen. Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für die Mitglieder des Rates der Stadt Münster nicht verhandelbar. Münster steht fest und unverbrüchlich an der Seite Israels und ist besonders seiner Partnerstadt Rishon Le-Zion verbunden. Wir nehmen Anteil an den vielen Toten und Verletzten. Wir sind in Gedanken bei denen, die noch immer um Leib und Leben fürchten, die nicht wissen, wo ihre Angehörigen sind. Aber auch wir in Münster müssen wachsam sein. Wir müssen das jüdische Leben in unserer Stadt, in unserem Land schützen und uns stark und entschlossen gegen jede Form von Antisemitismus und Israelhass stellen. Münster verbindet seit mehr als 40 Jahren eine lebendige und engagierte Städtepartnerschaft mit Rishon LeZion. Wir sind stolz auf diese Partnerschaft und ehren sie mit dem Rishon LeZion-Ring und einen Holocaust-Überlebenden und ehemaligen Ratsherrn aus Rishon LeZion mit dem Zwi-Schulman-Weg im Stadtbild.

Gez.

Stefan Weber
und Fraktion

Sylvia Rietenberg
Dr. Brigitte Hasenjürgen
und Fraktion

Lia Kirsch
und Fraktion

Helene Goldbeck
Martin Grewer

Jörg Berens
und Fraktion